

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 17/2008 vom 29.08.2008

Überfordert oder übersehen?

Partizipation und Engagement von MigrantInnen im Quartier

Alexandra Kast

Spätestens seit den 80er Jahren sind Prozesse der Stadtentwicklung nicht mehr ohne Prozesse der Partizipation, sprich Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, zu denken (vgl. Seite 1996). Politik und Verwaltung haben in langen und teilweise schwierigen Prozessen gelernt, dass es für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten der Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner als lokale Experten bedarf. Seit Beginn des Bundes-Länder-Programms »Soziale Stadt« 1999 beziehen sich die Aktivitäten der Stadterneuerung vornehmlich auf die sog. Problemquartiere der großen Städte: auf die innerstädtischen Altbauquartiere (die klassischen Arbeiter- viertel) sowie die Großsiedlungen aus den 60er/70 er Jahren in Stadtrandlage. Der Fokus der Bemühungen liegt dabei weniger auf der baulichen Erneuerung als vielmehr auf der Verbesserung des sozialen Miteinanders und der Lebensqualität im Stadtteil. Einer der Auswahlindikatoren für das Programm „Soziale Stadt“ ist der Anteil der AusländerInnen an der Wohnbevölkerung, der in manchen Gebieten über 40% liegt (hier sind die Deutschen mit Migrationshintergrund, deren Anteil vor allem unter Kindern und Jugendlichen sehr hoch ist, noch gar nicht eingerechnet). Angesichts dieser Zahlen und eingedenk der Tatsache, dass die Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen vor Ort konstitutiver Bestandteil des Programms Soziale Stadt ist (vgl. Difu 2003: 193) wird deutlich, dass sich der Erfolg des Programms Soziale Stadt auch an der erfolgreichen Einbindung der MigrantInnen (1) messen lassen muss.

Die MigrantInnen kommen nicht? Bisherige Erfahrungen

Verschiedene Evaluationen auf Bundes- und Landesebene kommen jedoch zu dem enttäuschenden Ergebnis, dass die Partizipation (2) von MigrantInnen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und größtenteils noch sehr unbefriedigend verläuft:

»Die Einbindung von Einwohner/innen nichtdeutscher Herkunft in die Bemühungen um eine Bewohneraktivierung gelingt nur in begrenztem Umfang. Aktivitäten wie Sprachkurse, Informationen zum Bildungssystem, Maßnahmen zur Gewaltprävention und Mediation (Konfliktlotsen), Projekte zum gegenseitigen Kennen lernen und Verstehen, Einsatz von Muttersprachlern bei der Angebotsvermittlung und Betreuung, Stärkung der Bildungsorientierung, Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe, greifen nur langsam. Auch Angebote wie Selbsthilfegruppen für Frauen und Mädchen, Orientierungskurse für Jugendliche ohne Schulabschluss, werden nur zögernd in Anspruch genommen.« (BIM 2005: 50)

Das Deutsche Institut für Urbanistik stellt in seinem Endbericht zur Programmumsetzung dar, dass es nicht gelungen ist, alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen einzubeziehen. Schlecht zu erreichen waren hier insbesondere MigrantInnen, AussiedlerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und männliche Bewohner (besonders jüngeren und mittleren Alters; Difu 2003: 203 f.).

Auch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik gelangt zu dem Schluss, dass die Beteiligung von MigrantInnen insgesamt auf einem niedrigen Niveau liegt (IfS 2004: 191).

Problematisch ist hierbei, dass in der öffentlichen Debatte oft der Eindruck entsteht, es handele sich um Desinteresse oder Unwillen vonseiten »der MigrantInnen«. Die Nicht-Teilnahme an bestimmten Aktivitäten wird als Verweigerung gegenüber der »Mehrheitsgesellschaft«, als gewollte Nicht-Integration interpretiert.

Übersehen wird dabei gerne, dass die MigrantInnen in den Gebieten der Sozialen Stadt größtenteils Ausschnitte aus der Bevölkerung darstellen, deren Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. Partizipation auf verschiedensten Ebenen denkbar ungünstig sind. Zu oftmals schwierigen sozialen Lagen kommen Sprachprobleme, kulturelle Barrieren sowie eine strukturelle Ausgrenzung von politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten (Wahlrecht) und nicht zuletzt Diskriminierungserfahrungen. (1)

Wer sind die Aktiven? Strukturelle Bedingungen für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Betrachtet man sozialwissenschaftliche Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement, so fällt auf, dass es hier ein großes Gefälle zwischen verschiedenen Schichten gibt. Im Hinblick auf demographische und soziale Einflussfaktoren bestätigen die Daten des Freiwilligensurveys von 2004 den Zusammenhang von hohem Bildungsniveau, sozialer Integration, sozialem Status und der Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren. Mit anderen Worten: Die Engagementbereitschaft steigt allgemein mit dem Bildungsniveau, dem Einkommen und der sozialen Einbindung einer Person. Dieser Zusammenhang wird ferner dadurch bestätigt, dass Erwerbslose mit 27% deutlich weniger freiwillig engagiert sind als der Bevölkerungsdurchschnitt mit 36% (Gensicke/ Picot/ Geiss 2005:15 f.). Die Ursache hierfür liegt laut den Erhebungen des Freiwilligensurveys indes weniger in einer geringeren Engagementbereitschaft der Erwerbslosen – dort wo sie engagiert sind, ist der zeitliche Umfang ihres Engagements sogar überdurchschnittlich – sondern in ihrer geringeren sozialen Integration in Gruppen, Organisationen und Vereinen (vgl. Rosenblatt 2000: 28).

In den großen Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement ist das Engagement von MigrantInnen bisher weitestgehend ausgeblendet worden (Jungk 2002: 2), so dass es nicht möglich war, verlässliche Aussagen über den Einfluss des Faktors »Migrationshintergrund« für bürgerschaftliches Engagement zu treffen bzw. das Engagement von MigrantInnen mit dem von Deutschstämmigen zu vergleichen. Das Freiwilligensurvey von 2004 liefert hier ein gute Grundlage, erfasst aber hauptsächlich die sozial gut eingebundenen, weil Deutsch sprechenden Migranten (Gensicke/ Picot/ Geiss 2005:347). Das Survey kommt jedoch auch hier zu dem Ergebnis, dass es einen engen Zusammenhang zwischen niedrigem Sozial- und Berufsstatus und einem Interesse am Gemeinwesen gibt (ebd.).

Auf Grundlage der Kenntnisse der sozialen Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung in den »benachteiligten« Quartieren und den erwähnten sozialen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement können unschwer Schlüsse auf die Ausgangslage für die Partizipation von MigrantInnen in diesen Quartieren gezogen werden: Migrantenhaushalte sind überproportional von sozialen Problemen wie niedrigem Einkommen, niedriger Bildung sowie Arbeitslosigkeit und Transferbezug betroffen (Schuleri- Hartje 2000: 4; BBMFI 2005: 120 ff.). Gleichzeitig sind die Stadtteile mit einem hohen Migrantenanteil auch die Stadtteile, in denen sich die sozialen Problemlagen verdichten und die Bedingungen für Partizipation denkbar ungünstig sind.

»Niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, niedriger Bildungsstatus, unzureichende Wohnverhältnisse und daraus folgende Belastungsfaktoren wie Kriminalität, Verwahrlosung des öffentlichen Raumes und ungünstige Sozialisationsbedingungen für die nachwachsende Generation treten hier gehäuft auf.« (BIM 2005: 49)

Es ist diese Konstellation, die den sozialen Zusammenhalt gefährdet und die Aktivierung und Beteiligung der EinwohnerInnen zugleich schwierig und dringend notwendig macht. Die Voraussetzungen für eine aktive Partizipation sind zunächst denkbar ungünstig. Erschwerend hinzu kommt die hohe Fluktuation der Bewohnerschaft, die das Interesse an einer Verbesserung des Wohngebietes verhindern, sowie Konflikte im sozialen Zusammenleben der Nachbarschaft (Empirica 2003: 167).

Außerdem gibt es spezifische Belastungen, denen die MigrantInnen ausgesetzt sind: Dazu gehören Unsicherheit im Aufenthaltsstatus, Sorge um den Arbeitsplatz und das Wohlergehen der Familie. Weiterhin bleibt es ein unauflöslicher Widerspruch, dass viele von ihnen auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland noch keine Staatsbürger sind und also auch nicht wählen können und wenig Zugang zu demokratischen Entscheidungsstrukturen haben und nach wie vor verschiedenste kulturell-soziale Ausgrenzungen erfahren, die nicht gerade dazu angetan sind, die Identifikation mit ihrem Quartier zu erhöhen (Hoppe 2003: 31; Beer/Musch 2002: 127; IfS 2004: 128).

Dass die mangelnde Beteiligung von MigrantInnen eher ein soziales denn ein kulturelles oder ethnisches Problem ist beweist die Tatsache, dass beruflich und kulturell gut integrierte MigrantInnen, die zudem die deutsche Staatsangehörigkeit haben, die Beteiligungsangebote in der Regel wahrnehmen (IfS 2004: 128), bzw. dass auch deutschstämmige BewohnerInnen aus unteren sozialen Schichten schwer zu aktivieren sind (Empirica 2003: 15). Nichtsdestotrotz gibt es ethno-kulturelle Besonderheiten verschiedener Migrantengruppen, die wahr- und ernst genommen werden müssen, wenn man diese Menschen wirklich erreichen will. Das Quartier als direktes Lebensumfeld bietet hierzu verschiedene Möglichkeiten.

Das Quartier als Integrationsebene – Warum ist Partizipation vor Ort so wichtig?

Das städtische Quartier als alltägliches Wohn- und Lebensumfeld stellt insbesondere für MigrantInnen den zentralen Ort ihrer sozialen Integration dar. Besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Erwerbslose verbringen einen Großteil ihrer Zeit im Quartier, das für sie Lebensmittelpunkt, Lernraum und Kontaktfeld ist (BBMFI 2005: 113).

Hier sind MigrantInnen zum einen besonders in ihre eigenen Strukturen eingebunden, zum anderen ist der Stadtteil aber auch der Ort, wo Kontakte zur alteingesessenen Bevölkerung am häufigsten und intensivsten stattfinden. Dies gilt insbesondere auch für Frauen und ältere MigrantInnen (vgl. Zentrum für Türkeistudien 2004: 92). Neben der Qualität der öffentlichen Einrichtungen spielen für die Integration die sozialen Netzwerke, die innerhalb der ethnischen Community bzw. innerhalb der Familie existieren, eine zentrale Rolle. Zunehmend ersetzen auch professionelle Angebote von MigrantInnen diese sozialen Netzwerke, wo sie nicht mehr tragen. Aufgrund ihrer Kenntnisse der speziellen Bedürfnisse und Probleme der MigrantInnen sind derartige Träger von großem Wert für die soziale Integration und sollten in ihrer Arbeit gefördert werden (BBMFI 2005: 127). Denn für das Funktionieren der Quartiere ist die Einbindung der MigrantInnen und vor allem ihre aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen unerlässlich.

Obwohl also das Quartier zunächst die idealen Voraussetzungen für erfolgreiche Partizipationsverfahren bietet, gibt es Fallstricke. Mögliche Probleme bei der Einbindung von MigrantInnen in Partizipationsprozesse auf Quartiersebene sollen hier kurz anhand des basisdemokratischen Gremiums »Quartiersrat« und anhand der Elternbeteiligung in Schulen dargestellt werden.

Partizipation de luxe? Der Quartiersrat

Nach einer erfolgreichen Pilotphase wurde 2005 für alle 33 Berliner QM-Gebiete ein sog. Quartiersrat eingerichtet, ein Gremium aus gewählten BewohnerInnen und VertreterInnen wichtiger Institutionen im Quartier, die in Abstimmung mit der Verwaltung über den Einsatz der vorhandenen Fördermittel des Programms Soziale Stadt in ihrem jeweiligen Quartier beraten und entscheiden. Der innovative Charakter dieses demokratischen Instruments und seine Erfolgsgeschichte lassen es sinnvoll erscheinen, die Potentiale des Quartiersrates im Hinblick auf die Einbindung von MigrantInnen zu beleuchten.

Zwar hat sich der Quartiersrat als Mittel der Aktivierung und Beteiligung mittlerweile zum Exportschlager entwickelt. Nicht ganz so positiv fällt das Urteil jedoch aus, wenn man den Anteil der MigrantInnen an diesem

Gremium betrachtet: Während der Anteil der AusländerInnen in den Quartieren zwischen 25-44% beträgt, wobei der Anteil der MigrantInnen mit deutschem Pass noch mal deutlich höher ist, liegt der Anteil der MigrantInnen im Quartiersrat bei durchschnittlich 24% (Difu 2007: 45, 109 ff.).

Eine Erklärung für dieses Phänomen liegt sicher in den relativ hohen intellektuellen und kommunikativen Anforderungen, die diese Form der Gremienarbeit an die Ehrenamtlichen stellt:

»Der Prozess der Projektbewertung wie auch Diskussionen über entwicklungspolitische Ziele des Quartiers erfordern nicht nur einen guten Informationsstand über die Stärken und Schwächen des Quartiers und seine Akteure, sondern auch ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz, Abstraktionsvermögen wie auch kommunikativen Fähigkeiten. [...] Die Quartiersbeiratsmitglieder mit geringen Bildungsressourcen können diesen hohen Anforderungen nicht immer entsprechen.« (Difu 2007: 54)

Hinzu kommen Unsicherheiten in der deutschen Sprache sowie mangelnde Erfahrung in der Gremienkultur (ebd). All dies führt nicht nur dazu, dass sich die im Quartiersrat engagierten MigrantInnen weniger stark in die Diskussion einbringen; manche fühlen sich so verunsichert, dass sie langfristig den Sitzungen fernbleiben.

Aktive Eltern an den Schulen

Ein weiteres Themenfeld, in dem mit schöner Regelmäßigkeit das mangelnde Engagement von MigrantInnen beklagt wird, ist der Bereich Schule. Angebote wie Sprechstunden, Elternabende oder Schulkonferenzen, in denen Eltern auch Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben werden sollen, werden von den migrantischen Eltern unterdurchschnittlich besucht. Bei vielen LehrerInnen entsteht der Eindruck, die Eltern interessieren sich nicht für die (teilweise mangelhaften) Lernerfolge ihrer Kinder und hätten schlicht kein Interesse, sich einzubringen.

Dabei handelt es sich hier größtenteils um kulturelle Missverständnisse. In der Türkei und den arabischen Ländern, aus denen eine Vielzahl der betroffenen Eltern stammt, sind derartige Elterngremien unbekannt. LehrerInnen sind Respektspersonen, deren Handeln man nicht unbedingt hinterfragt. Den Eltern ist nicht klar, dass eine aktivere Rolle ihrerseits erwünscht wäre. Auch hier fühlen sich viele Eltern in großen Diskussionsrunden unwohl. Erschwerend hinzukommen interkulturelle Konflikte, die sich z.B. an der (Nicht-)Teilnahme von muslimischen Mädchen am Schwimmunterricht entzünden und teilweise zu einem tief sitzenden gegenseitigen

Misstrauen geführt haben. Während LehrerInnen und Schulleitungen meinen, dass ihre Kompetenzen nicht respektiert würden, fühlen sich Eltern unverstanden und diskriminiert.

Was tun?

Zunächst wäre es sinnvoll, die Debatte um die Beteiligung von MigrantInnen zu ent-moralisieren. Es wird immer Menschen geben, die interessiert und in der Lage sind, sich aktiv in das Gemeinwesen einzubringen, in welcher Form auch immer. Genauso wird es immer Menschen geben, denen das nicht liegt oder die aufgrund ihrer persönlichen Ressourcen nicht oder nur schwer dazu in der Lage sind. Das soll nicht heißen, dass man es aufgeben soll, auch diese Menschen in die Lage zu versetzen, aktiv am Gemeinwesen teilzuhaben. Aber es ist notwendig, eine realistische Perspektive zu behalten. Wer von Ihnen, geneigte Leserinnen und Leser, engagiert sich denn in seinem örtlichen Stadtteilausschuss?

Wenn man möchte, dass Menschen vorhandene Beteiligungsstrukturen wahrnehmen, so muss man sich auch fragen, ob diese Strukturen den Bedarfen entsprechen. Nicht jeder kann oder will sich in einem Gremium vor vielen Leuten artikulieren oder seitenlange Antragstexte lesen. Gerade unter den MigrantInnen gibt es jedoch sehr gute Erfahrungen in der Aktivierung für zeitlich befristete, praktische Projekte (z.B. Mithilfe bei der Ausrichtung eines Stadtteilstes, Pflanzaktionen u.ä.). Gerade gesellige Anlässe, wo die eigene Kultur z.B. in Form von Musik oder Speisen als Bereicherung erlebt und eingebracht werden kann, sind oft erste Anlässe, aus denen manchmal auch langfristiges Engagement entstehen kann.

Eine ganz zentrale Funktion bei der Mobilisierung nehmen MultiplikatorInnen ein, also Menschen, die durch eigenes Vorleben und persönliche Ansprache andere Menschen zum Mitmachen motivieren (im Quartiersrat, beim Elterncafé, beim Anti-Gewalt-Training). Mit einem formalen Anschreiben ist es hier oftmals nicht getan.

Nicht vergessen werden sollte bei der Aktivierung auch, dass viele MigrantInnen ja bereits aktiv sind: in ihrer Moschee, im Sport- oder Kulturverein, im Freundes- und Familienkreis. Deswegen ist es besonders wichtig, die bereits vorhandenen Initiativen anzusprechen und einzubinden. Hierüber entstehen auch wieder Kontakte zu Einzelpersonen. In der Tat gibt es ein vielfältiges Engagement von MigrantInnen auf Quartiersebene, das jedoch nicht immer das Etikett »Bürgerbeteiligung« trägt und deswegen häufig übersehen wird.

Bedarfsorientierte Beteiligung organisieren

Die Bevölkerung in manchen städtischen Quartieren hat sich rapide verändert; das muss sich auch in den vorhandenen Angeboten widerspiegeln. Wenn man es ernst meint mit der Partizipation, müssen die Angebote zur Beteiligung sich an den Bedürfnissen der MigrantInnen orientieren und nicht umgekehrt. Sie müssen die Lebensumstände der Betroffenen berücksichtigen und deren Interessen und Themen behandeln. Schulen haben z.B. sehr gute Erfahrungen mit SprachmittlerInnen, IntegrationslotsInnen und mehrsprachigen Elternabenden gemacht. Schulungen zur interkulturellen Kompetenz, Fortbildungen zur Arbeit in Gruppen können sowohl für die Professionellen als auch für die Ehrenamtlichen eine große Hilfe sein.

Kulturelle Zugeständnisse machen

Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität. Wenn man ernsthaft MigrantInnen aktivieren will, muss man sie in ihrer kulturellen, religiösen und ethnischen Identität anerkennen. Diese Anerkennung muss auch in der Organisation der verschiedenen Institutionen auf Quartiersebene reflektiert werden. Z.B. sollten religiöse Praktiken und Befindlichkeiten berücksichtigt werden. Dazu gehört es z.B., keine Abendveranstaltungen während des islamischen Fastenmonats Ramadan abzuhalten oder auch, Männer und Frauen für bestimmte Themen getrennt anzusprechen.

Dieselbe Sprache sprechen

Das Erlernen der deutschen Sprache ist zweifelsfrei Voraussetzung für das soziale Fortkommen in der Gesellschaft und muss kontinuierlich beworben werden. Allerdings muss dort, wo nur ungenügende Sprachkenntnisse vorhanden sind, der Weg über die Kommunikation in der jeweiligen Muttersprache gegangen werden, um nicht die dauerhafte Ausgrenzung bestimmter Gruppen (Bildungsferne, Frauen) zu riskieren. Hier sind pragmatische Lösungen angebrachter als ideologische Prämissen. Übersetzungen oder Einladungen in den jeweiligen Muttersprachen geben das Gefühl: Ihr seid willkommen, genau Euch wollen wir dabei haben! Vielfach findet Kommunikation mit MigrantInnen nicht statt. Selbst wo es um migrantische Themen geht, bleiben deutsche Expertenrunden oft unter sich. Negative Erfahrungen der MigrantInnen mit beherrschendem Personal (besonders in Schule und Kita) tragen nicht zur Offenheit der MigrantInnen bei. Ihre Erfahrungen und Einschätzungen müssen gleichberechtigt gehört werden.

Partizipation heißt Teilhabe

Wer es ernst meint mit der Beteiligung von MigrantInnen, dem muss klar sein, dass die kleinteilige Partizipation auf Stadtteilebene nicht losgelöst gesehen werden kann von der gesamtgesellschaftlichen Partizipation. Angesichts der prekären sozialen Lage vieler MigrantInnen stellt sich die Frage, warum man ausgerechnet von den Marginalisierten das größte Engagement erwartet.

Die Mehrheitsgesellschaft muss sich auch für die Belange der MigrantInnen öffnen und ihnen Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen: an der politischen Mitbestimmung, am Arbeitsmarkt und an der sozialen Mobilität. Beteiligung ist ein demokratisches Konzept, und diese Demokratie muss glaubwürdig sein, um Menschen zur Mitgestaltung mobilisieren zu können.

Anmerkungen

(1) Mit »MigrantInnen« sind sowohl AusländerInnen als auch Deutsche mit internationalem Migrationshintergrund gemeint. Migrationshintergrund meint hierbei die Zuwanderung in der 1.-4. Generation.

(2) Unter Partizipation soll hier verstanden werden die aktive Teilnahme an formalen Gremien sowie verschiedene Formen des ehrenamtlichen Engagements, wobei darunter jede Aktivität gezählt wird, »...die freiwillig, unentgeltlich und auf das Gemeinwesen bezogen stattfindet. Dazu gehören auch Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe und andere auf das soziale Zusammenleben gerichtete Projekte.« (vgl. Huth 2004: 3)

Literatur

BBMFI – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), 2005: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin

Beer, Ingeborg / Musch, Reinfried, 2002: Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Modellgebiet Kottbusser Tor, Berlin – Kreuzberg. Endbericht im Rahmen der PVO. Berlin

BIM – Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration (Hrsg.), 2005: Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin. Berlin

Diehl, Claudia, 2002: Die Partizipation von Migranten in Deutschland: Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske + Budrich

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2003: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2007: Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren. Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin.

Empirica 2003: Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Berlin

Gensicke, Thomas/ Picot, Sibylle/ Geiss, Sabine, 2005: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München

Huth, Susanne, (2004): Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen. Impulsreferat auf der Tagung des Zentrums für Kurdische Studien e.V. »Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen« im Februar 2004 in Wiesbaden. <http://www.inbas-sozialforschung.de/>

IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, 2004: Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Jungk, Sabine, 2002: Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland. Vortrag zur Tagung Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen mit Schwerpunkt KurdInnen, veranstaltet von NAVEND e.V. am 18.11.2002 in Düsseldorf. www.lzz-nrw.de/docs/navend.pdf

Rosenblatt, Bernhard von (Hrsg.), 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1. Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart / Köln / Berlin

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, 2000: „Soziale Stadt“. Ein Beitrag zur Integration von Ausländern. In: Ausländer in Deutschland, 3/2000, S. 4-5

Selle, Klaus, 1996: Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung. In: Ders. (Hrsg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungspro-

zessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden / Berlin: Bauverlag GmbH

Zentrum für Türkeistudien, 2004: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/engagementstudie-zft/>

Autorin

Alexandra Kast ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet seit 2001 im Quartiersmanagement in Berlin-Wedding. 2005 erschien ihre Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung »Gesellschaftliche Teilhabe sichern- Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der »Sozialen Stadt« Berlin«.

Adresse

L.I.S.T. GmbH

Quartiersmanagement Sparrplatz

Burgsdorfstr. 13 A, 13353 Berlin

Tel. (030) 46 60 61 90

Fax (030) 46 60 61 91

www.sparrplatz-quartier.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de

Kast, Alexandra: Überfordert oder Übersehen? Partizipation von MigrantInnen im Quartier
Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 17/2008 vom 29.08.2008